

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. Feber 1952

360/A.B.

zu 387/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Auf die Anfrage der Abg. Neuwirth und Genossen, betreffend Ausbau des Gemeinschaftsbahnhofes Salzburg zwecks Verhinderung bedrohlicher Verkehrsstockungen in der Abfertigung der Deutschland-Transporte, teilt Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Waldbrunn er folgendes mit:

"Die gebesserten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien brachten im Spätherbst 1951 stossweise auftretende Vermehrungen der Transitsendungen mit sich, die im Bahnhof Salzburg den Betrieb während des Monates Dezember vor schwierigste Aufgaben stellten, wobei sich die Schwierigkeiten hauptsächlich aus der bedeutend erhöhten Dauer der Gleisbesetzung durch nach Deutschland austretende Zollwagen ergaben. Diese längeren Gleisbesetzungen hatten ihre Ursache vor allem in dem komplizierten deutschen Zollverfahren (Umstellung von Gewichtszoll auf Wertzoll), in der Verschärfung der österreichischen Ausfuhrprüfung und in dem Ansteigen der Endverzollung in Salzburg auf etwa 60 - 70 % der deutschen Einfuhr über diesen Übergang (vor 1938 ungefähr 30 - 40 %). Erhebliche Verzögerungen ergeben sich ferner aus der starken Zunahme der Spediteurbeteiligung am Geschäft und der damit zusammenhängenden erhöhten Reexpeditionstätigkeit, zum Teil auch infolge der deutschen Ausfuhrkontrolle durch die Besatzungsmacht und aus der Holzbeschau durch den österreichischen Holzwirtschaftsverband. Eine weitere Erschwernis lag in der getrennten Unterbringung der einzelnen Abfertigungsstellen.

Diese Schwierigkeiten können nicht so sehr durch eine Erweiterung des Bahnhofes Salzburg, die übrigens infolge der örtlichen Verhältnisse nur durch einen enormen, durch die normalen Verkehrsverhältnisse nicht gerechtfertigten finanziellen Aufwand möglich wäre, sondern nur durch betriebliche Massnahmen behoben werden. Die Bundesbahnverwaltung hat auch sofort nach Auftreten der Schwierigkeiten zu deren Behebung, und um auch für die Zukunft Verzögerungen in der Abbeförderung der Übergangsfrachten zu vermeiden oder sie in Zeiten stärkster Frequenz auf ein tragbares Mass zu beschränken, alle zweckdienlichen Massnahmen in Angriff genommen bzw., soweit die Mitwirkung anderer Stellen notwendig war, eingeleitet.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. Feber 1952

So wurde, um die Arbeitsbedingungen für die Eisenbahn und den Zoll zu verbessern, eine neue Beleuchtungsanlage der Übergangsgleise hergestellt und damit für Güter, die nicht ausdrücklich einer Tagbeschau unterliegen, die Nachtbeschau ermöglicht. Zwecks Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeiten im Bahnhof Salzburg selbst, und um eine raschere Durchschleusung zu erzielen, werden Wagen, die lediglich einer einfachen Zollbehandlung bedürfen, ferner Wagen, die einer Tagbeschau unterliegen, weiters Holzsendungen und Reexpeditionsgüter bereits im Bahnhof Salzburg-Gnigl getrennt rangiert und in entsprechend gereihten Gruppen in den Hauptbahnhof gebracht. Durch Änderungen in den Schaltanlagen konnte ermöglicht werden, dass auf einzelnen Gleisen die Zollabfertigung bestimmter Güter innerhalb des Zugverbandes vorgenommen wird, wodurch zeitraubende Verschubarbeiten vermieden werden und eine grössere Freizügigkeit in der Verwendung der Gleise erreicht wird. Zur Verbesserung der Raumfrage wurde für die deutsche Ausfuhr-Zollabfertigung eine eigene Baracke aufgestellt und zusätzlicher Dienstraum im I. Stock des Gebäudes der Güterabfertigung sichergestellt. Parallel zu diesen organisatorischen Massnahmen liefen erfolgreiche Bemühungen, den erhöhten Anforderungen durch entsprechende Personalvermehrungen bei den beteiligten Amtsstellen zu begegnen. Österreichischerseits wurden die Präsidenten der Finanzlandesdirektionen vom Bundesministerium für Finanzen angewiesen, in Hinkunft das erforderliche Personal stets beizustellen und bei auftretenden Stauungen unverzüglich zu vermehren. Auch die deutsche Zollverwaltung hat auf Intervention der Österreichischen Bundesbahnen den Personalstand des Zollamtes Salzburg wesentlich erhöht. In Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen wurde weiters erreicht, dass die Ausfuhrkontrolle gewisser Sendungen in die österreichischen Versandbahnhöfe verlegt wird. Auch seitens des Deutschen Bundesfinanzministeriums wurde eine Abfertigungsbeschränkung für das deutsche Zollamt in Salzburg und damit die Möglichkeit einer Weiteranweisung von Einfuhrsendungen nach deutschen Binnenbahnhöfen zugesichert.

Dank der geschilderten Massnahmen konnten die Stockungen in der Abfertigung der Deutschlandtransporte soweit behoben werden, dass sich der Übergangsverkehr in Salzburg nunmehr wieder in normalen Bahnen abwickelt.

Was schliesslich den behaupteten Mangel an entsprechendem Bahnlagerraum anbelangt, sei bemerkt, dass ein durch Kriegseinwirkung zerstörtes Magazinsgebäude wieder aufgebaut wird. Nach seiner in Kürze zu erwartenden Inbetriebnahme wird für die Unterbringung der Bahngüter hinreichend Raum vorhanden sein. Es ist freilich ausgeschlossen, dass auch die im Strassenverkehr oder mit Post eingeführten Zollgüter in ein Bahnmagazin eingelagert werden können."

-.-.-